

## BDI-IW-Unternehmervotum



### **Ergebnisse der 4. Befragungswelle „Staatliches Agieren in Zeiten leerer Staatskassen“**

Bericht der

IW Consult GmbH Köln

Köln, den 07. Januar 2010

**Ansprechpartner für die Inhalte:**

IW Consult GmbH  
Dr. Adriana Neligan  
Leiterin Empirie und Datenbanken  
E-Mail: [neligan@iwkoeln.de](mailto:neligan@iwkoeln.de)  
Tel.: (030) 27877-128  
<http://www.iwconsult.de>

IW Consult GmbH  
Edgar Schmitz  
Referent  
E-Mail: [schmitz@iwkoeln.de](mailto:schmitz@iwkoeln.de)  
Tel.: (0221) 4981-733  
<http://www.iwconsult.de>

## Inhaltsverzeichnis

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>3</b>
<b>Tabellenverzeichnis</b>	<b>4</b>
<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>4</b>
<b>Zusammenfassung</b>	<b>5</b>
<b>1 Die wesentlichen Ergebnisse</b>	<b>6</b>
<b>2 Das BDI-IW-Unternehmervotum</b>	<b>8</b>
<b>3 Tabellenanhang</b>	<b>9</b>
<b>4 Abbildungsanhang</b>	<b>11</b>

## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 3-1: Zeitpunkt für die Beendigung der expansiven Finanzpolitik.....	9
Tabelle 3-2: Dem Staat empfohlene Handlungsfelder in Zeiten leerer Staatskassen.....	10

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 4-1: Zeitpunkt für die Beendigung der expansiven Finanzpolitik.....	11
Abbildung 4-2: Dem Staat empfohlene Handlungsfelder in Zeiten leerer Staatskassen.....	12

## Zusammenfassung

Im Dezember 2009 haben knapp 1.400 Unternehmen am 4. BDI-IW-Unternehmervotum mit Fragen zu den aktuellen Handlungsmöglichkeiten des Staates teilgenommen.

Die **zentralen Ergebnisse** sind:

- Drei Fünftel der Unternehmen fordern, dass die aktuell betriebene expansive Fiskalpolitik bis spätestens Ende 2010 beendet wird. Darunter wünschen sich 3 von 10 Unternehmen sogar, dass dieses schuldenfinanzierte Programm sofort eingestellt wird.
- Wenn die Staatskasse nicht weiter belastet werden kann, sollte sich der Staat laut Unternehmermeinung vorrangig um den Bürokratieabbau, d.h. um eine Vereinfachung des Steuersystems sowie um einen vereinfachten Zugang zu Bürgschaften und Krediten kümmern. Danach folgen mit Abstand Forderungen nach einer Öffnung des Gesundheitswesens für mehr Wettbewerb sowie nach vereinfachten bzw. verkürzten Genehmigungsverfahren. Spezialthemen wie die Beschleunigung bei der Zulassung von Innovationen, die Verbesserung des Zugangs für Unternehmen zur Forschung an Hochschulen sowie eine stärkere Außenwirtschaftsförderung werden eher seltener unter den Top-3-Themen genannt.

## 1 Die wesentlichen Ergebnisse

Die aktuelle Wirtschaftskrise stellt die Bundesregierung vor große Herausforderungen. Über eine schuldenfinanzierte Finanzpolitik sollen die Wachstumskräfte wieder gestärkt werden. Gleichzeitig sind die Handlungsspielräume der Politik in Zeiten leerer Staatskassen eher eingeschränkt. Zu diesem Thema haben wir kurz vor Jahresende die Meinung von fast 1.400 Unternehmen aus den Bereichen Industrie und industrienaher Dienstleistungen eingeholt.

Es wurden zwei Fragen gestellt:

- Wann sollte die schuldenfinanzierte Finanzpolitik spätestens beendet werden?
- Was kann die Politik nach Meinung der Unternehmer unternehmen, um den hiesigen Standort zu stärken, ohne die Staatskasse noch zusätzlich zu belasten?

### Wunsch nach einem baldigen Ende der expansiven Finanzpolitik

Die Bundesregierung war in den vergangenen Monaten sehr freigiebig mit ihren Konjunkturpaketen und Hilfsmaßnahmen. Diese expansive Fiskalpolitik wirkt zunächst stabilisierend, hinterlässt jedoch mittelfristig einen hohen Schuldenberg. Der Haushaltsentwurf für 2010 sieht mit fast 86 Milliarden Euro eine Neuverschuldung in Rekordhöhe vor.

Drei Fünftel der Unternehmen befürwortet ein sofortiges oder baldiges Ende einer schuldenfinanzierten Finanzpolitik (Tabelle 3-1, Abbildung 4-1):

- 31 Prozent wünschen ein sofortiges Ende der expansiven Finanzpolitik, 30 Prozent wünschen dies im Laufe von 2010, weitere 21 Prozent in 2011. Immerhin 12 Prozent können sich eine Fortsetzung dieses Kurses bis 2012 oder darüber hinaus vorstellen, lediglich 6 Prozent trauen sich keine Einschätzung zu.
- Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes wünschen sich das Ende einer schuldenfinanzierten Finanzpolitik schneller herbei als die Unternehmen aus der Dienstleistungsbranche. Während mehr als zwei Drittel der Industrieunternehmen bis spätestens Ende 2010 die Beendigung dieser Politik fordern, liegt der Anteil bei den Dienstleistern lediglich bei knapp drei Fünftel.
- Und noch ein Effekt ist zu beobachten: Die größeren Unternehmen (> 50 Mio. Euro Umsatz) befürworten nur zu 19 Prozent den sofortigen Stopp, hingegen 31 Prozent der kleineren (<1 Mio. Euro Umsatz). Einigkeit herrscht insofern, dass rund 60 Prozent in allen Größenklassen den Stopp bis Ende 2010 oder früher fordern.

## Wirtschaftspolitisches Agieren ohne zusätzliche Belastung der Staatskasse

Der Staat hat aktuell nur wenig finanziellen Handlungsspielraum. Dennoch kann der Staat in dieser Situation unternehmerisches Handeln und damit die Wirtschaft stützen. Auf welchen Gebieten sollte der Staat zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts jetzt handeln, ohne die Staatskasse noch zusätzlich zu belasten? Hier wurden die Unternehmen gebeten, verschiedene Handlungsfelder in eine Rangfolge zu bringen.

Wenn die Staatskasse nicht weiter belastet werden kann, sollte sich der Staat laut Unternehmermeinung vorrangig um den Bürokratieabbau, d.h. um eine Vereinfachung des Steuersystems sowie um einen vereinfachten Zugang zu Bürgschaften und Krediten kümmern (Tabelle 3-2, Abbildung 4-2):

- Rund 82 Prozent der Unternehmen haben die Vereinfachung des Steuersystems unter den drei wichtigsten Handlungsfeldern benannt.
- Auf Platz zwei folgt der Wunsch nach „Vereinfachten Verfahren beim Zugang zu Bürgschaften und Krediten“ mit 65 Prozent der Nennungen unter den Top-3-Themen.
- Die „Öffnung des Gesundheitswesens für mehr Wettbewerb“ und die „Vereinfachung oder Verkürzung von Genehmigungsverfahren“ zählen jeweils für immerhin rund 40 Prozent der Unternehmen zu den drei wichtigsten möglichen Aktionsfeldern.
- Die „Beschleunigte Zulassung von Innovationen“ ist für 29 Prozent, der „Leichtere Zugang für Unternehmen zu Forschung an den Hochschulen“ für 20 Prozent und die „Stärkere Außenwirtschaftsförderung“ für 14 Prozent unter den Top-3.

Die meisten Unternehmenseinschätzungen sind unabhängig von Branchenzugehörigkeit und Umsatzgrößenklasse weitgehend ähnlich. Allerdings ist die „Öffnung des Gesundheitswesens für mehr Wettbewerb“ für größere Unternehmen weniger zentral, diese thematisieren eher zähe Genehmigungsverfahren oder die Zulassung von Innovationen, die für kleinere Unternehmen seltener eine Rolle spielen.

Die von den Unternehmen zusätzlich unterbreiteten Vorschläge sind sehr breit gestreut, wobei es dennoch einen eindeutigen Spitzenreiter gibt: jeder dritte der selber genannten Vorschläge bezieht sich auf den Bürokratieabbau.

Was deutsche Unternehmen von der Bürokratie halten, zeigt sich noch aus einer anderen Perspektive. Der Blick auf das von den Unternehmen als wichtigstes nicht die öffentliche Finanzen belastendes Handlungsfeld (Top-1-Thema) der Regierung zeigt noch mal akzentuierter die Dringlichkeit der Forderung der Unternehmen nach weniger Bürokratie:

- 44 Prozent der Unternehmen betrachten die „Vereinfachung des Steuersystems“ und weitere 25 Prozent die „Vereinfachten Verfahren beim Zugang zu Bürgschaften und Krediten“ als die jeweils wichtigsten Maßnahmen, die ergriffen werden könnten.
- Weit abgeschlagen ist im Vergleich dazu der dritte Platz, die „Öffnung des Gesundheitswesens für mehr Wettbewerb“: diese wird nur von 7 Prozent als wichtigste Maßnahme angesehen.

## 2 Das BDI-IW-Unternehmervotum

Der Bundesverband der Deutschen Industrie und das Institut der deutschen Wirtschaft Köln haben in diesem Jahr eine gemeinsame Plattform geschaffen, auf der über 1.000 Entscheider der deutschen Wirtschaft schnell zu aktuellen politischen Vorgängen Stellung nehmen können. Konzipiert wird die Befragung von der IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln. Die Befragung findet vier Mal im Jahr statt.

Die vierte Befragungsrunde konzentrierte sich mit zwei kurzen Fragen auf die Einschätzung der Unternehmen zu den aktuellen Handlungsmöglichkeiten der Politik zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Die Online-Umfrage fand im Dezember 2009 statt.

Teilgenommen haben an der Befragung 1.360 Unternehmen. Angeschrieben wurden hierfür Unternehmen aus der Industrie sowie den industrienahen Dienstleistungen (Großhandel, Verkehr, Nachrichten, unternehmensnahe Dienstleistungen). Angaben für Gesamt beziehen sich im Folgenden auf eine Hochrechnung der Befragungsdaten anhand des Unternehmensregisters bezogen auf die Grundgesamtheit der erfassten Wirtschaftszweige.



### 3 Tabellenanhang

**Tabelle 3-1: Zeitpunkt für die Beendigung der expansiven Finanzpolitik**  
Bis spätestens:  
Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	<1	1-50	ab 50	
Sofort	33	30	31	27	19	31
2010	35	29	30	33	42	30
2011	15	23	21	24	23	21
2012	7	6	6	7	8	7
Nach 2012	3	6	6	4	2	5
Weiß nicht	7	6	6	4	5	6
Gesamt	100	100	100	100	100	100

Quelle: BDI-IW-Unternehmervotum, Welle 04; Dezember 2009,  
1.360 Unternehmen der Industrie und industrienahen Dienstleistungen

**Tabelle 3-2: Dem Staat empfohlene Handlungsfelder in Zeiten leerer Staatskassen**

Folgende Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts ohne zusätzliche Belastungen der Staatskasse wurden unter den drei wichtigsten angeführt, Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet

	Branche		Umsatz in Mio. Euro			Gesamt
	Industrie	Dienstleistung	<1	1-50	ab 50	
Vereinfachung des Steuersystems	84	81	82	82	81	82
Vereinfachte Verfahren beim Zugang zu Bürgschaften/Krediten	61	66	65	63	66	65
Öffnung des Gesundheitswesens für mehr Wettbewerb	43	41	42	39	28	42
Vereinfachung/Verkürzung von Genehmigungsverfahren	40	39	38	48	54	40
Beschleunigte Zulassung von Innovationen	26	30	30	25	32	29
Leichter Zugang für Unternehmen zu Forschung an den Hochschulen	19	21	20	19	19	20
Stärkere Außenwirtschaftsförderung	17	13	13	16	12	14
Sonstige	10	9	10	6	7	9

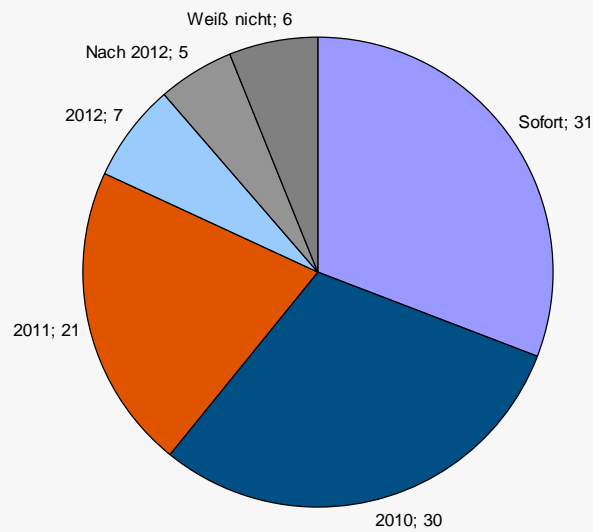
Quelle: BDI-IW-Unternehmervotum, Welle 04; Dezember 2009, 1.360 Unternehmen der Industrie und industrienahen Dienstleistungen

## 4 Abbildungsanhang

### Abbildung 4-1: Zeitpunkt für die Beendigung der expansiven Finanzpolitik

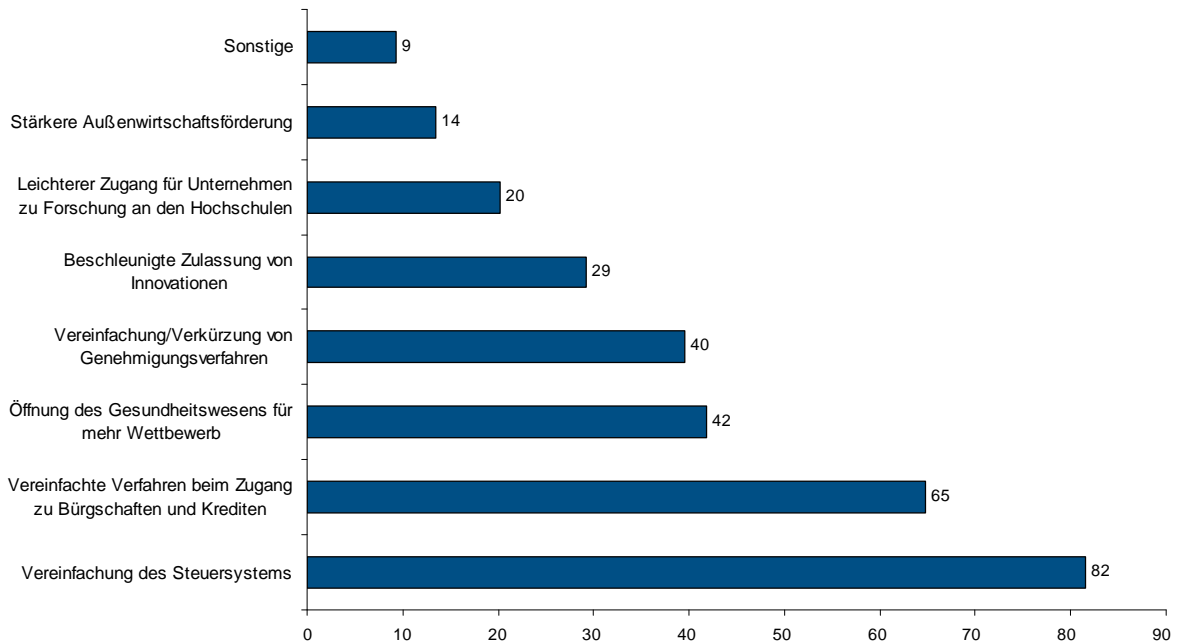
Bis spätestens:

Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet



Quelle: BDI-IW-Unternehmervotum, Welle 04; Dezember 2009,  
1.360 Unternehmen der Industrie und industrienahen Dienstleistungen

**Abbildung 4-2: Dem Staat empfohlene Handlungsfelder in Zeiten leerer Staatskassen**  
Folgende Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts ohne zusätzliche Belastungen der Staatskasse wurden unter den drei wichtigsten angeführt,  
Angaben in Prozent der Unternehmen, hochgerechnet



Quelle: BDI-IW-Unternehmervotum, Welle 04; Dezember 2009,  
1.360 Unternehmen der Industrie und industrienahen Dienstleistungen